

Bezugspreis:

Wochenblatt 10,50 Mk., monatlich 3,00 Mk. ...

Anzeigenpreis:

Die abgegebene Kompositionelle ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 23. Dezember 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Gegen das Schiebergesindel.

Run haben wir auch unseren Gastwirte streik gehabt. Zwei Tage lang waren alle Gaststätten Groß-Berlins geschlossen.

Und der Grund für diesen Generalstreik der Gastwirte? Die neue Verordnung betreffend die Wuchergerichte schneidet den Gastwirten nach ihrer Meinung jede Möglichkeit wirtschaftlicher Existenz ab.

Rechtferdig nun diese neue Verordnung ein solches Verhalten, und was ist an ihr überhaupt neu?

Die Verordnung spricht in keiner Beziehung ein neues Verbot aus. Alles das, was die Gastwirte unterlassen sollen, war bisher bereits verboten und mit Strafe bedroht.

Schon bisher war mit Strafe bedroht, wer Lebensmittel, für die Höchstpreise festgelegt sind oder die sonst einer Verhöhrerregung unterliegen, zum Zwecke der Weiterveräußerung erwirbt.

Niemand, der die Interessen der wirklich wertmäßigen Bevölkerung denen vorzieht, die keine Saranke in der Befriedigung ihrer täglichen Lebensbedürfnisse kennen und zu kennen brauchen, wird einen anderen Standpunkt einnehmen können als den vollkommener Billigung der neuen Verordnung.

Geradezu eine Wohlthat ist die weitere Bestimmung, wonach die Ausfuhr der lebenswichtigen Gegenstände ohne Genehmigung unter Strafe gestellt ist.

Wir sollen nach dem Friedensvertrage 125 000 Milchfäße an die Entente ausliefern. Wir haben sie nicht, und haben in feierlichen Redewendungen wiederholt den Segnern vorgestellt, daß die Erfüllung dieses Verlangens einen Massenkindermord bedeutet.

Der Reichswirtschaftsminister hat sich nicht auf Getreide und Vieh wie überhaupt auf Lebensmittel beschränkt, sondern in einer besonderen Bekanntmachung neunzehn Arten von Waren aufgeführt, die als lebenswichtig anzusehen sind.

Die Internationale in London.

Für internationale Kraftanspannung.

„Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Rotterdam, daß der Vollzugsrat der Internationale auf seiner unter dem Vorsitz Hendersons in London abgehaltenen Versammlung eine Entschließung annahm, in der gefordert wird, daß an Stelle der Politik der Bündnisse und des europäischen Machtgleichgewichts die internationale Politik des Völkerbundes, die allein zur Abrüstung führe, zu setzen sei.

Der Internationale Kongress verlegt.

Reuter, meldet aus London: Der Aktionsausschuss der Internationale, der in London zusammentrat, beschloß, den für den Februar angelegten Internationalen Kongress in Genf bis zum 31. Juli zu verlegen und Abordnungen nach Rußland, Deutschland und Polen zu schicken.

Sie werden vernünftig.

Wie aus London gemeldet wird, hat das Unterhaus einen Abänderungsantrag zum Fremdenrecht angenommen demzufolge früher feindliche Ausländer nur dann ausgewiesen werden dürfen, wenn eine begründete Anlage gegen sie vorliegt.

eigentlich außer den Schleichhändlern und Wuchern selbst wohl kaum jemand etwas einzuwenden. Die Bewegung unter den Gastwirten ist wohl im wesentlichen nur durch die allerdings sehr beträchtlich verhärteten Strafen und durch das neu eingeführte kurze summarische Verfahren entstanden.

Wir können zu diesen neuen Bestimmungen nur unsere volle Zustimmung erklären. Die Berichte werden gewiß sorgfältig prüfen und sich nicht leicht entschließen, einen unbestraften Angeklagten im ersten Falle ins Zuchthaus zu schicken.

Vor den neu eingeführten Wuchergerichten scheinen sich die Schleichhändler besonders zu fürchten. In der Tat darf man hoffen, daß diese Gerichte mehr erreichen werden als es bisher möglich war. Sie sollen aus fünf Richtern zusammengesetzt werden, von denen drei beamtete Richter und zwei Schöffen sind.

Bedingungslose Unterzeichnung?

Gegenwärtig wird in Paris noch an der Fertigstellung der Antwort an Deutschland beraten. Eine Meldung der „Agence Havas“ hält für wahrscheinlich, daß die Entente die Forderung der unbedingten Unterzeichnung aufrecht erhält.

Die französischen Generalratswahlen.

Nach Aufstellungen der Agentur Havas sind bei dem zweiten Wahlgang für die französischen Generalratswahlen gewählt: 407 Konservative und Mitglieder der Action libérale, 1207 Fortschrittliche und Entschleunigte, 1190 Radikale, Radikalsozialisten und Sozialistische Republikaner, 167 Unifizierte Sozialisten.

Teuerungszulagen für Beamte.

Nachdem die Reichsfinanzverwaltung unter Zustimmung des Haushaltsausschusses der Nationalversammlung angekündigt hat, daß den Reichsbeamten für die Zeit vom 1. Januar 1920 bis zum Inkrafttreten der bereits in Arbeit befindlichen Besoldungsreform eine Erhöhung der laufenden Teuerungszulage um 50 Proz. gewährt werden soll, hat das preussische Staatsministerium in seiner Sitzung vom 23. Dezember beschlossen, vorbehaltlich der später einzuholenden Zustimmung der Landesversammlung den preussischen Beamten die gleiche Zulage zukommen zu lassen.

Die Kohlennot im Reich.

Den Nassauischen Erz- und Hüttenindustrie droht infolge Kohlenmangels Stilllegung. Eine Arbeiterkonferenz forderte sofortige Kohlenbelieferung, da sonst die Katastrophe unvermeidlich würde.

auf Verhandlung, die in wenigen Tagen stattzufinden hat, und Erlaß des Urteils. Das Urteil soll sofort Rechtskraft erlangen, so daß der Verurteilte aus dem Verhandlungslokal in die Strafhaft abgeführt werden kann oder wenigstens unmittelbar danach den Befehl zum Eintritt der Strafhaft erhält.

Wir verkennen nicht, daß diese letztere Bestimmung gewisse Bedenken auslösen muß. Richter sind dem Irrtum unterworfen und ein Fehlurteil wird auch bei den Wuchergerichten nicht als ausgeschlossen gelten können.

Es sind übrigens in dem neuen Gesetze gewisse Sicherheiten gegen ein überstürztes Verfahren vorgesehen. Wenn sich herausstellt, daß die Sache sich nicht zur schleunigen Aburteilung eignet, so muß das Wuchergericht die Sache an das ordentliche Gericht verweisen.

Versicherung gegen Arbeitslosigkeit.

Um die furchtbaren Wirkungen der Arbeitslosigkeit, die durch die Demobilisierung einsetzte, abzumildern, ist bekanntlich die Erwerbslosenfürsorge geschaffen worden. Ihr engharigster Zweck war und ist, den Personen Erwerbslosenunterstützung zu gewähren, die Arbeitslosigkeit als Kriegsfolge nachweisen können.





